„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam Nr.: 07/2015

22. Jahrgang 13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 9. September 2015

Spendenbereitschaft enorm – zentrale Sammelstelle soll eingerichtet werden

Die Bilder verfolgen uns täglich: Menschen, die aus einem Leben mit Bürgerkrieg und Terror, mit Armut und Existenzangst fliehen und sich auf einen mitunter lebensbedrohlichen Weg nach Europa machen, um hier Schutz und Lebensperspektiven zu suchen.

Kaum ein Ort in Deutschland bleibt vor diesen Folgen der globalen Entwicklung unberührt.

Potsdam hat bislang in zehn Unterkünften 622 Flüchtlinge aufgenommen, wie Oberbürgermeister Jann Jakobs die Stadtverordnetenversammlung informierte. Nach bisheriger Prognose des Landes soll Potsdam in den kommenden vier Monaten des Jahres etwa 1000 weitere Flüchtlinge aufnehmen. „Wir arbeiten mit höchster Priorität an neuen Unterbringungsmöglichkeiten“, sagte Jakobs. Ziel sei weiterhin, Zelte und Schulturnhallen zur Unterbringung zu vermeiden. In den kommenden Monaten werden mehr als 700 neue Plätze geschaffen. Dafür werden in einem ersten Schritt die bestehenden Unterkünfte samt Notbetten voll ausgelastet, Zimmer in Pensionen und Saisonkräfteunterkünften angemietet, weitere 41 Wohnungen der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam belegt, neue Unterkünfte in der Berliner Straße und An den Kopfweiden eröffnet.

Die Flüchtlingspolitik in Potsdam wird gestützt vom breiten Engagement der Potsdamerinnen und Potsdamer, die ehrenamtlich im Bündnis Potsdam bekennt Farbe, in den Vereinen Soziale Stadt, den Neuen Nachbarschaften oder ganz individuell vor Ort die Schutzsuchenden unterstützen oder sich mit Spenden von Möbeln bis zum Kinderspielzeug melden.

Die LINKE hat diese Situation aufgenommen und in einem Antrag formuliert: Die Verwaltung soll eine zentrale Sammelstelle für Sachspenden einrichten, die dann je nach Bedarf an die einzelnen Unterkünfte verteilt werden können. Die Initiative der „Neuen Nachbarschaften“, die bisher zentral in Potsdam und in den einzelnen Einrichtungen ehrenamtlich gearbeitet hat, habe dazu den besten Überblick, begründete Sascha Krämer den Antrag. Die Koordinierung auch dieser Aufgabe hat nun die Servicestelle Tolerantes und Sicheres Potsdam in der Stadtverwaltung übernommen. Nach kurzer Diskussion, ob denn die bisherige direkte Abgabe von Spenden in den Einrichtungen nicht besser wäre, einigte man sich darauf, parallel dazu eine zentrale Spendenannahme zu installieren, um den Spendern, die keine örtliche Beziehung zu einer Unterkunft haben, die Möglichkeit zu geben, ihrem Wunsch zu helfen nachkommen zu können.



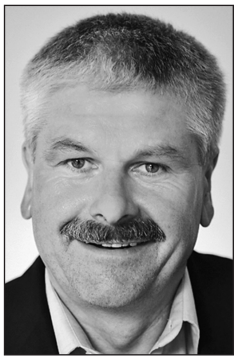
Die Spendenbereitschaft ist enorm, wie hier in Groß Glienicke. Eine koordinierte, für alle Potsdamerinnen und Potsdamer erreichbare Sammelstelle, wäre angebracht.

Nachdem die zuständige Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger bereits ihre Vorstellungen mitgeteilt hatte, wie eine solche Stelle betrieben werden könnte, ist es umso erstaunlicher, dass Matthias Finken im Namen der CDU-Fraktion den Antrag der LINKEN in einen Prüfauftrag umwandelte, der dann beschlossen wurde.

Unabhängig davon beschlossen die Stadtverordneten auch, in der Verwaltung zahlreiche befristete Stellen für die Flüchtlingsaufnahme und -betreuung einzurichten.

Mit auf den Weg…

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,



Wir erleben in der Stadtverordnetenversammlung manchen heftigen Streit, der nicht selten auch sehr kleinlich ist. Das war in dieser Sitzung weniger der Fall. Irgendwie hatte man den Eindruck, dass sich alle um ein konstruktives Herangehen bemühen, denn auch diese Tagesordnung umfasste mehr als 100 Punkte. Zudem stand ja auch noch eine Einwohnerfragestunde an. Wichtig war vor allem, dass in der gegenwärtig zugespitzten Situation ein breiter Konsens der Fraktionen zu einer menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen in unserer Stadt deutlich wurde. Es sind immense Anstrengungen erforderlich, um die aus jetziger Sicht erforderlichen weiteren 700 Plätze zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Einrichtung zusätzlicher Planstellen in der Verwaltung zur sozialen Betreuung von Flüchtlingen einmütig beschlossen worden. Zustimmung fand auch unser Vorschlag zur Einrichtung einer zentralen Sammelstelle für Spenden für Geflüchtete, wobei die CDU- Fraktion geltend machte, schon einmal einen ähnlichen Antrag gestellt zu haben. Mit einem solchen Wettbewerb können wir gut leben. Eine ganze Reihe unserer Anträge wurde in Ausschüsse überwiesen. Wir werden sehen, ob das ein Zeichen für Aufgeschlossenheit war, oder ob es nur um eine unauffällige Beerdigung dieser Initiativen der Linksfraktion geht. Bemerkenswert: Schon 19.30 Uhr war die komplette Tagesordnung abgearbeitet. Es geht doch.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Wortmeldung

„Rolle rückwärts“



Ungewohnt ruhig verlief die erste SVV nach der Sommerpause – trotz einiger Themen mit Diskussionspotenzial. Für mich war es besonders ärgerlich zu erleben, wie mit dem Beschluss zur Verlegung des Standorts der dritten neuen Grundschule im Norden Potsdams die ländlichen Räume wieder abgehängt werden. Hatten wir noch im vergangenen Jahr nach langem Ringen um die besten Lösungen einen Schulentwicklungsplan beschlossen, der allen Bereichen der wachsenden Stadt gerecht werden sollte, haben mit dem neuen Beschluss wieder Flächenverwerter und Sparkommissare die Oberhand gewonnen. Statt in Krampnitz werden die Grundschüler aus den nördlichen Ortsteilen nun auf Jahrzehnte im Gewerbegebiet Rote Kasernen Ost zur Schule gehen, pardon – meist wohl eher fahren. Dass damit nebenbei auch noch dringend benötigte Sportflächen im Bornstedter Feld gestrichen wurden, lässt den gleichzeitig beschlossenen Antrag der CDU, eingesparte Gelder aus dem Bildungsbereich für die Umsetzung des Sportentwicklungsplanes zu verwenden, umso absurder erscheinen.

Stefan Wollenberg

(Stefan Wollenberg ist in die Fraktion der LINKEN nachgerückt, nachdem Petra Sell ihr Mandat aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt hat. Er ist Mitglied im Hauptausschuss, im Ausschuss für Bildung und Sport sowie im Jugendhilfeausschuss.)

Überwiesen

Wiedereinrichtung des Radweges in der Friedrich-Engels-Straße neben freiLand

Der bestehende Radweg in der Friedrich-Engels-Straße war weggenommen worden, weil er angeblich der Installation einer neuen Straßenbeleuchtung im Wege war. Dann zeigte sich allerdings, dass die Leuchten unmittelbar am Straßenrand errichtet wurden und genügend Platz für einen Radweg zwischen Grünfläche und Fahrbahn zur Verfügung steht. Die LINKE beantragte die Wiedereinrichtung des Fahrradweges an seiner ursprünglichen Stelle, weil gerade in diesem engen und kurvigen Bereich der Straße ein Radweg außerhalb der Fahrbahn sinnvoll ist.
Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen.

Erhalt der Stadtteilbibliothek Babelsberg

Die Schul- und Stadtteilbibliothek ist im Dezember 2013 für die Zeit der Sanierungsarbeiten an der Goethe-Schule in einem Provisorium in der Otto-Erich-Straße in Babelsberg umgezogen und sollte nach dem Abschluss der Sanierungsarbeiten wieder in die Schule einziehen. Doch mit dem gewachsenen Bedarf an Grundschul- und Hortplätzen soll dies nun nicht mehr möglich sein. Der Presse war Anfang September zu entnehmen, dass das Provisorium ersatzlos geschlossen wurde. Die LINKE mahnt nun eine grundsätzliche Lösung an, denn die Bibliothek werde von Kindern wie Erwachsenen ausgiebig genutzt. Stefan Wollenberg kritisierte die von der Verwaltung angebotene „Lösung, die keine ist“. Die Einrichtung zu schließen und Bücher auf Bestellung zu liefern, sei keine Alternative, „Kisten zu verschieben geht nicht“, sagte er. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bildung und Sport überwiesen.

Sicherung von Dauerkleingärten

Eine Reihe von Kleingartenanlagen ist nicht ausreichend baurechtlich gesichert, stellte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg in seiner Antragseinbringung fest. Die Verwaltung hatte bereits im April den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr darüber informiert, dass der Flächennutzungsplan allein kein ausreichendes Instrument ist, um die Kleingartenentwicklungskonzeption der Stadt durchzusetzen. Erst die Festsetzung bestimmter Flächen im Bebauungsplan sichert die Flächen für Dauerkleingärten. Weitere konzeptionelle Sicherungen, wie beispielsweise die planungsrechtliche Veränderungssperre für bestimmte Gebiete, kann Kleingärten künftig vor Rechtsstreitigkeiten schützen oder schleichende Umwandlungen vor Festsetzung als Dauerkleingärten im B-Plan wirksam verhindern.
Im Antrag wird der Oberbürgermeister beauftragt, kurzfristig einen bzw. mehrere Aufstellungsbeschlüsse zur planungsrechtlichen Sicherung aller Dauerkleingärten in Potsdam entsprechend Flächennutzungsplan und Kleingartenentwicklungskonzeption für alle die Flächen einzubringen, die sich nicht im Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam befinden.
Weiterhin wird der Auftrag erteilt, ein Konzept zur dinglichen oder vertraglichen Sicherung aller der Sparten zu erarbeiten, deren Bestand infolge der Eigentumsverhältnisse gefährdet ist oder gefährdet sein könnte. Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2015 über den Stand der Umsetzung der Aufträge zu berichten.
Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen.

Umgang mit zusätzlichen Haushaltsmitteln

Da die Landesregierung kürzlich mitgeteilt hat, dass Potsdam im Rahmen des Länderfinanzausgleichs für dieses Jahr noch 2 Millionen Euro zusätzlich erhält, sollte die Stadtverordnetenversammlung über deren Verwendung entscheiden, begründete D. Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag der LINKEN. Der Oberbürgermeister soll einen entsprechenden Vorschlag vorlegen, in den Vorschläge der Fraktionen einfließen können.
Des weiteren soll der Oberbürgermeister über die Verwendung der nicht verausgabten Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in Höhe von über 1 Million Euro informieren.
Der Antrag wurde in den Finanzausschuss überwiesen.



Kleingärten in Gefahr!

LINKE fragte – Verwaltung antwortete

Arbeit des Bürgerservice

Schon einmal hatte Sascha Krämer nach dem Sinn der Änderung im Abfertigungssystem des Bürgerservice gefragt. Da es weiterhin Verstimmungen in der Bevölkerung gibt, wollte er von der Verwaltung wissen, wie die Stadtverwaltung die Situation nach Einführung des neuen Anmeldesystems beurteilt. Die zuständige Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger erklärte, dass bei einer Umfrage vom 19. Juni bis 13. Juli 850 Kunden befragt worden waren. Rund 76 Prozent hatten sich „zufrieden" geäußert und das obwohl die Urlaubszeit und die Baumaßnahmen die Arbeit im Bürgerservice beeinträchtigt haben. Um die Bedeutung des Bürgerservice zu unterstreichen, teilte sie mit, dass im Bereich des Bürgerservice in der Zeit vom 13. April bis 3. September insgesamt 54.949 Dienstleistungen erbracht wurden.

Beschlossen

Beschleunigte der Sanierung der Rosa-Luxemburg-Schule

Ein gewohnter Ausgang auch für den Antrag der LINKEN, die Sanierung der Rosa-Luxemburg-Schule zu beschleunigen – erstmal prüfen… Die Sanierung der Schule zieht sich bereits über mehr als 6 Jahre hin und belastet auch mit Sicherheitsrisiken den Schulbetrieb, die Kinder, Lehrer und Eltern. Der vom KIS für 2018 in Aussicht gestellte Fertigstellungstermin sei nicht zu akzeptieren. Durch einen überarbeiteten Zeitplan sollte die Sanierung früher abgeschlossen werden. Der als Auftrag formulierte Antrag der LINKEN war von der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2015 in den Ausschuss für Bildung und Sport überwiesen worden und wurde von ihm in einen Prüfauftrag abgeändert. Der Oberbürgermeister wird demnach „beauftragt zu prüfen, wie die Sanierung … beschleunigt werden kann". Der Ausschuss ist im September über die geführten Gespräche mit der Schule zu informieren. Nach vorliegendem Bauablaufplan sollen die Arbeiten im Außenbereich nun im November 2015 abgeschlossen werden.

Sportgeräte im öffentlichen Raum

Der Antrag der LINKEN, an öffentlichen Orten für jeden zugängliche Sportgeräte aufzustellen, war in die Ausschüsse überwiesen worden. Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion hatte den Antrag abgelehnt; der Ausschuss für Bildung und Sport hingegen hatte dafür gestimmt. Auch die Stadtverordnetenversammlung war sich mehrheitlich einig darüber, dass Sportgeräte im öffentlichen Stadtbild zur allgemeinen Verfügung,das heißt für alle Altersgruppen, sinnvoll sind. Der Antrag wurde beschlossen, im März 2016 soll die Verwaltung die Stadtverordneten über den Stand der Umsetzung informieren.

Unterstützung der ehrenamtlich geleiteten Nachbarschafts- und Begegnungshäuser

Bis zum November 2015 soll der Oberbürgermeister Möglichkeiten vorschlagen, wie die ehrenamtlich geleiteten Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in ihrer Aufgabenerfüllung durch finanzielle Unterstützung des Ehrenamtes weiter gestärkt werden können. „Neben der von der Stadt geleisteten Gebäudefinanzierung bedarf es ernsthafter Überlegungen, wie es künftig gelingen kann, Bürgerinnen und Bürger für dieses Ehrenamt zu gewinnen. Dazu gehört auch eine finanzielle Anerkennung ihrer Arbeit", heißt es in der Begründung des Antrages der LINKEN. Als Beispiel wurde in diesem Zusammenhang der Bürgertreff in der Waldstadt II genannt, der seit Anfang an ehrenamtlich betrieben wird, täglich geöffnet ist und guten Zuspruch nicht nur bei Waldstädterinnen und Waldstädtern erfährt. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Kostenlos parken mit der Ehrenamtskarte

Die vielfache Würdigung von Ehrenamtlern sei vollauf berechtigt, sagte Sascha Krämer bei der Einbringung des Antrages der LINKEN, praktische Förderung sei aber ebenso wichtig. Daher schlage die LINKE vor, Inhabern der Ehrenamtskarte an besonderen Stellplätzen kostenloses Parken zu ermöglichen, zum Beispiel an Verwaltungsstandorten, an Kultur- und Sportobjekten und überall dort, wo ehrenamtliche Tätigkeit stattfindet. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss und den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen.



In Brandenburg a.d.Havel bereits Realität.

Abgelehnt

Hauptstadtgespräch

Die LINKE regte an, die Schwerpunkte und Probleme der Landeshauptstadt in einem jährlichen Hauptstadtgespräch gebündelt mit Vertretern der Landesregierung zu beraten. Mit dem Auslaufen des Hauptstadtvertrages waren auch die Gespräche eingestellt worden. Wenn man auch den kontinuierlichen Kontakt pflege, so könne ein regelmäßiges Treffen nur Verbesserung bringen und keinen Schaden anrichten, begründete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.
Der Antrag wurde abgelehnt.

Erinnerung an die Opfer des Kapp-Putsches

Die LINKE fordert den Oberbürgermeister in dem Antrag „Vielfalt im Gedenken" auf zu prüfen, in welcher Form der Toten und der Ereignisse vom 16. März 1920 in Potsdam gedacht werden kann. Damals war es zu massenhaften Aktionen zur Verteidigung der Weimarer Republik gegen den Kapp-Putsch gekommen, die mit Waffengewalt beantwortet wurden.
Am 15. März 1920 wurden in Potsdam und Nowawes Aktionsbündnisse gegründet und zur Beteiligung am Generalstreik zur Beseitigung des Kapp-Lüttwitz-Regimes aufgerufen. Hier wurden 109 Betriebe bestreikt. Damit kamen die Potsdamer Arbeiter den Aufrufen der Reichsregierung und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 13. März und der KPD vom 14. März nach.
Am 16. März kam es zu einem offenen Zusammenstoß zwischen Soldaten und der demonstrierenden Bevölkerung. Auf dem Luisenplatz kam es zu einer Massenversammlung, auf der Hermann Elflein sprach. Von hier aus formierte sich ein Demonstrationszug mit ca. 1000 Personen zum Rathaus am Alten Markt. Als er sich dem Stadtschloss näherte, gab der Führer der hier stationierten Wachtruppe den Befehl, auf die unbewaffneten Kapp-Gegner zu feuern. Die Bilanz: vier Tote und zahlreiche Verwundete. Ein Nachspiel der besonderen Art folgte in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung.
Hier hatten die Fraktionen der SPD und USPD unter dem Druck ihrer Mitglieder einen Antrag eingebracht, „dem Oberbürgermeister (Vosberg) das Misstrauen über das Verhalten während des militärischen Putsches auszusprechen". Sowohl dieser als auch ein weiterer Antrag, „zur Errichtung eines Gedenksteines an der Mordstelle zur Erinnerung an die Opfer" wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Somit blieb die Ermordung von unbewaffnet demonstrierenden Potsdamer Bürgern ungesühnt, das Gedenken an sie wurde verhindert.
95 Jahre danach: der Landtag wurde in der Hülle des Stadtschlosses wieder aufgebaut. Ist es da nicht an der Zeit, dieser Opfer zu gedenken?
DIE LINKE Potsdam schlägt vor, dass sich der Oberbürgermeister bei der Landesregierung für das Anbringen einer Gedenkplakette für die vier Opfer und zahlreichen Verletzten einsetzt. Was einst nicht gelang, sollte heute unter einer rot-roten Landesregierung möglich sein.Der Antrag wurde in den Kulturausschuss überwiesen.

Was – wann – wo?



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr
21. und 28. September 2015; 05., 12. und 21. Oktober 2015

14. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus, Plenarsaal
07. Oktober 2015, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live
11. Oktober 2015, Beginn 10 Uhr
Bürgerinitiative Waldstadt e.V. (BIWA)
Saarmunder Straße 44,
Waldstadt II

Ausgabe des „Rathausreport" Nummer 8/2015
Stadthaus, Raum 3.107
16. bis 21. Oktober 2015 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen
16. und 17. Oktober 2015
Mit der Ausgabe des „Rathausreport" und Informationen zu den Ergebnissen der 14. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07. Oktober 2015

Bürgersprechstunde Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender
Am 29. September 2015 von 17 Uhr bis 18 Uhr
Im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Voranmeldungen unter: Tel:0331/ 2893051
Mail:
buero.scharfenberg@gmx.de

Rathausreport live im Stern*Zeichen

Potsdamer Willkommenskultur beispielgebend

Die Themen für den turnusmäßigen „Rathausreport live" am 13. September im „Stern*Zeichen" waren aktuell und bestimmt wichtig. Nicht umsonst waren neben Fraktionschef Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg gleich drei weitere Stadtverordnete der LINKEN – SVV-Vorsitzende Birgit Müller, Fraktionsgeschäftsführerin Dr. Sigrid Müller und Kati Biesicke – zugegen. Nur die Lokalpresse war nicht erschienen...

Wie immer informierte Hans-Jürgen Scharfenberg über die Inhalte der gerade zurück liegenden SVV-Sitzung vom 9. September. Bekannt ist wohl die Übereinstimmung der LINKEN mit den Aussagen im Bericht des Oberbürgermeisters zu Fragen der Flüchtlingspolitik. Das Wichtigste sei jedoch, so Scharfenberg, die Kriegsherde und damit die Ursache für Flucht und Vertreibung zu beseitigen. Weiter informierte der Fraktionsvorsitzende über die Suspendierung des Baubeigeordneten Klipp, über die Entscheidung in Sachen B-Plan „Waldpark" (nicht angenommen), über die neue KITA-Satzung (Fazit: Die Beitragsfreigrenze wurde von 12.500 EURO auf 22.000 EURO angehoben – gut Betuchte müssen künftig entsprechend ihres Einkommens mehr zahlen), über die neue Abfallentsorgungssatzung plus Gebührensatzung sowie über den Antrag, B-Pläne zur Sicherung der Kleingärten als „Dauerkleingärten" (überwiesen in Bauausschuss).

In der Diskussion standen – neben dem Dauerproblem Tierheim für die Landeshauptstadt und die Spendenverwendung für das zu bauende Heim – natürlich lokale Fragen wie Probleme rund um das Jagdschloss Stern, die Sanierung der Sporthalle des Leibnitz- Gymnasium und die Baustellen des Investors Kirsch. Besonders bei letzterem Thema kamen Meinungen wie „der Herr Kirsch macht wohl, was er will" hoch. Kirsch holze „ohne Genehmigung einfach Bäume ab", auch während der Vegetationsperiode, so die Aussagen von TeilnehmerInnen.

Besonders herzlich begrüßte Dr. Scharfenberg dann zu den Problemen Flüchtlingspolitik die Betriebsleiterin des Internationalen Bundes Berlin-Brandenburg, Carol Wiener, und den Leiter der Flüchtlings-Einrichtung Grotrianstraße 13, Daniel Grimm. Carol Wiener würdigte die vielfältigen Aktivitäten von BürgerInnen, die eine für Potsdam herausragende Willkommenskultur beweisen. Speziell die Spendenbereitschaft sei hervorzuheben. „Bitte haben sie Verständnis, dass nicht immer alles Gespendete angenommen werden kann. Wir haben Probleme, alles zu lagern", erklärte Frau Wiener. Und sie wies darauf hin, dass man sich unter der web-Adresse *NNPotsdam@Rathaus.Potsdam.de* informieren kann über die Bedarfe der Flüchtlinge. Aktuell sind besonders fahrtaugliche Fahrräder mit Schloss gefragt.

Vor rund 7 Monaten wurde die Grotrianstraße für Flüchtlingsfamilien geöffnet. Derzeit leben hier 45 Flüchtlinge (davon 19 Erwachsene) aus Tschetschenien, Somalia, Pakistan und Syrien in elf Wohnungen. Mit Stolz in der Stimme wies Herr Grimm darauf hin, dass die Grotrianstraße „die Perle" unter den Flüchtlingsunterkünften der Landeshauptstadt darstelle. Auf die persönliche Situation der Flüchtlinge eingehend betonte Grimm: „Kein Mensch verlässt freiwillig seine Heimatland!" Neben der notwendigen Zeit sich selbst zu finden, wollen sich die Menschen auch einbringen. Nach und nach greifen die ersten Projekte. Den Spitzenplatz belegt das Engagement fast aller Flüchtlinge für die Gartenarbeit. Für Spendenwillige wies Herr Grimm darauf hin, dass die Grotrianstraße unter der Potsdamer Telefonnummer 60 03 36 60 montags bis freitags von 8.00 bis 20.00 Uhr erreichbar sei. Am Donnerstag koordiniert Kornelia Kokoll in Sachen Spenden. So erreichen die Spenden garantiert die Bedürftigen – Mann, Frau und/oder Kind.

- bm

RATHAUSREPORT
Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.